The Day After. Strategien für die demokratische Zivilgesellschaft angesichts einer rechtsextremen Landesregierung

1. Einleitung

Mit dem Wahlausgang in Sachsen-Anhalt stehen wir vor einer Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zum ersten Mal seit 1945 hat einer der radikalsten Landesverbände der äußersten Rechten mit einem der radikalsten Wahlprogramme, das mit knapp 44% bis dato höchste Wahlergebnis erzielt. Die Situation in Sachsen-Anhalt braucht dauerhafte Sichtbarkeit. Das Bundesland droht – zunächst exemplarisch – zum Experimentierfeld für den autoritären Umbau unserer Gesellschaft zu werden. Zudem: Eine mögliche rechtsextreme Regierungsübernahme bedroht nicht nur demokratische Institutionen und Prinzipien, sondern auch ganz konkret Menschen mit Migrationsgeschichte, Engagierte vor Ort, darunter häufig Jugendliche; Kulturschaffende sowie die demokratische Zivilgesellschaft. Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzen, müssen mit gezielten Angriffen, dem Entzug öffentlicher Mittel, Einschüchterung und dem Versuch ihrer Marginalisierung rechnen. Umso wichtiger sind jetzt Solidarität, überregionale Unterstützung, sichtbare Bündnisse und eine Zivilgesellschaft, die sich nicht vereinzeln oder zum Schweigen bringen lässt.

Dieses Papier bündelt Strategievorschläge dafür, wie demokratische Akteur*innen auch nach einem politischen Machtwechsel handlungsfähig bleiben, Schutz organisieren und gesellschaftliche Räume für Demokratie offenhalten können.

Zudem beobachten wir eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: für bestimmte Regionen wirken die Entwicklungen in Ostdeutschland weit weg wie ein fernes, fremdes Grollen. Und das, obwohl die AfD in Umfragen auch bundesweit stärkste Kraft ist. Für die Betroffenen entfaltet sich hingegen bereits jetzt die existenzielle Wucht von Bedrohung, Verschwinden und Verstummen. Diese Ungleichzeitigkeit spiegelt sich auch in existierenden Handlungsempfehlungen für die demokratische Zivilgesellschaft wider. Der Großteil adressiert etwas, das wir Strategien präventiver Resilienz nennen: Empfehlungen für ein Handeln in einem wachsenden feindseligen Klima, aber innerhalb stabiler demokratischer Verhältnisse; Empfehlungen, wie mit Angriffen und Anfeindungen umgegangen werden kann oder Träger sich auf Szenarien rechtsextremer Machtgewinne vorbereiten können. Die exis-

tierenden Empfehlungen für diese Phase sind vielfach hilfreich und werden im ersten Teil knapp zusammengefasst.

In Sachsen-Anhalt ist die Lage anders und die demokratische Zivilgesellschaft in einer zweiten Phase – dem „Day After". Für diese Phase benennen wir im zweiten Teil des Textes Szenarien, Einschätzungen und Empfehlungen. Sie speisen sich aus unseren Erfahrungen, einem intensiven Austausch mit Kolleg*innen aus vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Berufsfeldern, mehrjährigen Konsultationen und unseren Forschungen. Vieles davon ist vorläufig und muss im Lichte der Entwicklungen fortgeschrieben werden. Dieses Papier konzentriert sich dabei auf die Umgangsstrategien von Zivilgesellschaft. Eine Analyse der Ursachen des Wahlergebnisses kann es an dieser Stelle nicht leisten.

2. The Day Before – Strategien präventiver Resilienz

Was kann demokratische Zivilgesellschaft tun, um auf den (in einem Bundesland eingetretenen) Ernstfall vorbereitet zu sein? Die existierenden Empfehlungspapiere[1] warnen zunächst vor der schrittweisen Verschiebung demokratischer Normalität in ihrer etablierten Form. Die zentrale Gefahr beginnt nicht erst mit einer Regierungsübernahme. Sie zeigt sich bereits vorher in der Normalisierung extrem rechter Begriffe und Konzepte, in der Delegitimierung demokratischen Engagements, in der finanziellen und administrativen Schwächung sowie in einem Wechselspiel aus Einschüchterung, Gutgläubigkeit, Anpassungsbereitschaft, Rückzug und vorauseilendem Gehorsam. Internationale Erfahrungen zeigen zudem, dass ein autoritärer Umbau nach einem Machtgewinn sehr schnell erfolgen kann, während Gegenwehr, Bündnisbildung und institutionelle Absicherung Zeit benötigen.

Aus den existierenden Empfehlungen möchten wir sieben Punkte hervorheben:

1. Nicht abwarten, sondern auf verschiedene Szenarien vorbereitet sein. Organisationen und Verbände sollten jetzt unterschiedliche Eskalationsszenarien durchspielen: Wegfall von Fördermitteln, Verlust von Räumen, administrative Schikanen, Klagen, Änderungen des Gemeinnützigkeitsrechts, Angriffe auf Mitarbeitende oder politische Einflussnahme. Zu den vorzubereitenden Maßnahmen gehören vorab definierte rote Linien, Verantwortlichkeiten, juristische Unterstützung, Krisenkommunikation und alternative Finanzierungswege. Die internationale Erfahrung zeigt: Nach einer autoritären Machtübernahme bleibt für grundlegende Vorbereitung oft keine Zeit.

2. Demokratische Institutionen und Organisationen „wetterfest" machen. Demokratieverteidigung beginnt innerhalb der Institutionen. Satzungen, Leitbilder, Hausordnungen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Sicherheits- und Datenschutzkonzepte sollten so ausgestaltet werden, dass rechtsextreme Einflussnahme erschwert wird. Zugleich müssen eine unabhängige Justiz, Verwaltung, politische Bildung, Wissenschaft und Medien rechtlich und institutionell möglichst robust

1 Exemplarisch beziehen wir uns auf folgende Projekte und Papiere: das BEWARE-Projekt der Hochschule Niederrhein (https://www.hs-niederrhein.de/socon/projekte); ThinkTank Rechtsextremismus (2025): „In die Offensive kommen! Was die demokratische Zivilgesellschaft gegen autoritäre Kräfte tun kann"; Jänicke, Christin u.a. (2025): „Wirksam gegen Rechtsaußen: Eine systematische Analyse zivilgesellschaftlicher Strategien gegen die extreme Rechte", Policy Brief, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, Berlin; ThinkTank Rechtsextremismus (2026) „Engagement unter autoritären Bedingungen. Lehren aus Europa und den USA"; Amadeu Antonio Stiftung (2026): „Leitfaden. Wie können gemeinwohlorientierte Organisationen besser auf Angriffe reagieren?"; Zillessen, Friedrich (Hg.) (2025): Die vorbereitete Demokratie. Resilienz durch Antizipation im Thüringen-Projekt. Berlin; Quent, Matthias (2026): Keine Macht der Ohnmacht. München. Zudem existieren hilfreiche Online Tools zur Unterstützung von Praktiker*innen: das Erste-Hilfe-Kit Demokratie für Verwaltungsmitarbeitende (https://verwaltung-fuer-demokratie.de/erste-hilfe-kit-demokratie/); ein juristisches Unterstützungsteam für Sachsen-Anhalt (https://www.recht-solidarisch.de) oder ein Tool für Akteur*innen der Jugendpolitik, Verwaltung und Fachpraxis (https://türöffner-jugendpolitik.de).

abgesichert und die dort Beschäftigten unterstützt werden, demokratische Standards auch unter politischem Druck aufrechtzuerhalten.

3. Bündnisse vor der Krise aufbauen – und deutlich verbreitern. Netzwerke dürfen nicht erst entstehen, wenn einzelne Organisationen bereits angegriffen werden. Notwendig sind dauerhafte Beziehungen zwischen Demokratieinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Sportvereinen, Kulturinstitutionen, Hochschulen, Medien, Berufsverbänden, demokratischen Parteien und Unternehmen. Voraussetzung ist keine vollständige politische Übereinstimmung, sondern ein belastbarer Minimalkonsens über Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und demokratische Institutionen. Vertrauen und Solidarität müssen eingeübt sein, bevor sie gebraucht werden.

4. In die Fläche gehen und lokale demokratische Infrastrukturen sichern. Gerade kleinere Städte und ländliche Räume dürfen nicht zu Orten werden, an denen demokratisches Engagement verschwindet und verstummt. Anstatt zentral produzierte Kampagnen lediglich in die Regionen zu übertragen, sollten lokale Akteur*innen eigene Strategien entwickeln können. Dafür braucht es Räume, Personal, langfristige Beziehungen zu lokalen Multiplikator*innen und Angebote, die an konkreten Problemen vor Ort ansetzen.

5. Eigene Themen setzen, anstatt ausschließlich auf die extreme Rechte zu reagieren. Die Papiere warnen vor einer permanenten Reaktion auf Provokationen von Rechtsaußen: Diese bindet Ressourcen und reproduziert deren Themenagenda. Demokratische Akteur*innen sollten stattdessen positive Vorstellungen einer lebenswerten Gesellschaft formulieren und Demokratie mit konkreten Alltagserfahrungen verbinden – etwa mit bezahlbarem Wohnen, Bildung, Mobilität, öffentlicher Infrastruktur, sozialer Gerechtigkeit, Fairness und Schutz vor Willkür. Demokratie muss als praktischer Gewinn und Möglichkeit gesellschaftlicher Mitgestaltung erfahrbar werden.

6. Haltung zeigen und Anpassungsspiralen verhindern. Eine besonders folgenreiche Gefahr ist vorauseilender Gehorsam: Organisationen vermeiden Themen, schwächen ihre Positionen ab oder ziehen sich aus Risikokalkül vor finanziellen und politischen Konsequenzen zurück. Die internationalen Erfahrungen sprechen dafür, zentrale Werte und Grenzen frühzeitig festzulegen und Angriffe möglichst kollektiv abzuwehren. Wo autoritäre Maßnahmen rechtliche Grenzen überschreiten, können – nach sorgfältiger rechtlicher und strategischer Prüfung – auch koordinierte Formen der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams wirksam sein.

7. Langfristige Handlungsfähigkeit als strategische Aufgabe behandeln. Widerstand gegen autoritäre Entwicklungen ist kein kurzfristiger Mobilisierungszyklus. Organisationen brauchen deshalb eine diversifizierte Finanzierung, stabile Räume, Prioritätensetzung und organisatorische Reserven. Ebenso wichtig sind Burnout-Prävention, psychologische Unterstützung, eine konstruktive Fehlerkultur und realistische Zwischenziele. Kleine Erfolge müssen sichtbar gemacht und gefeiert werden, da Selbstwirksamkeit, Hoffnung und Zugehörigkeit Voraussetzungen dauerhaften Engagements sind. Es braucht eine strategische Option, den Delegitimierungen und Begriffsumdeutungen entgegenzutreten, die zu der Wahrnehmung führen, dass die Zivilgesellschaft – kurz nur als NGO bezeichnet (und diffamiert) – der „wahre Feind der Demokratie“ sei, die sich nur bereichert und eine fremde Agenda verfolgt. Währenddessen stellen rechtsradikale menschenrechtsfeindliche Akteure sich und ihr Handeln als wirkliche demokratische Alternative dar. Die existierenden Empfehlungspapiere und Instrumente verschieben dabei die Perspektive von bloßer moralischer Empörung oder einer Fixierung auf das allzu häufig unbedacht

panische Zurückdrängen-Wollen rechtsextremer Machtzuwächse. Nicht selten führen solche diskursiven Versuche, Themen „zurückzuerobern“ zu einer weiteren Normalisierung rechtsextremer Konzepte. Stattdessen steht in den Empfehlungen im Vordergrund, die gesellschaftlichen Voraussetzungen demokratischer Handlungsfähigkeit und das Fundament von Demokratie und Menschenrechten überhaupt zu schützen. Dazu gehört: Institutionen absichern, lokale Räume erhalten, Bündnisse vorbereiten, finanzielle Abhängigkeiten reduzieren, Solidarität organisieren, eigene demokratische Zukunftserzählungen entwickeln und Handlungskompetenz auch in Krisensituationen aufbauen.

Für die gegenwärtige Situation vieler Projekte und Institutionen außerhalb Sachsen-Anhalts hieße das: Nicht normalisieren, nicht vereinzeln lassen, nicht abhängig bleiben, nicht nur reagieren, sich jetzt vorbereiten. Die Papiere legen nahe, dass gerade die Phase vor einer möglichen Regierungsbeteiligung der extremen Rechten das entscheidende Zeitfenster für den Aufbau demokratischer Resilienz ist. Was als politische Wirklichkeit noch weit weg scheint, kann – wie in Sachsen-Anhalt – in kurzer Zeit auch andernorts eintreten.

3. The Day After – Bleiben, Räume offen halten, Widerstehen

Was kann demokratische Zivilgesellschaft tun, wenn der Ernstfall eingetreten ist und eine AfD-geführte Landesregierung über Zugriff auf Ministerien, die Verwaltung, den Finanzhaushalt und die Förderpolitik, das Bildungssystem, die Sicherheitsbehörden und Teile der öffentlichen Infrastruktur verfügt und damit neben konkreten Machtmitteln auch ein erhebliches Zerstörungspotenzial über das Bundesland hinaus hat?

Im Folgenden formulieren wir zehn Herausforderungen und darauf bezogene Konsequenzen und machen kenntlich, inwiefern dies über die existierenden Empfehlungen hinausgeht. Dabei beziehen wir uns auch auf Praktiken, die teilweise schon umgesetzt werden und hier noch einmal gebündelt sichtbar gemacht werden sollen.

1. Nicht einfach nur Kürzungen, sondern gezielte institutionelle Disruption. Für die ersten 100 Tage einer AfD-geführten Landesregierung erwarten wir in Sachsen-Anhalt ein Vorgehen, das darauf abzielt, die Verwaltung zu disziplinieren und ideologisch auszurichten, demokratische Strukturen zu schwächen, gesellschaftliche Solidarität gezielt zu stören und symbolisch ihren Wähler*innen Härte und Durchsetzungsvermögen zu signalisieren. Betroffene Gruppen könnten dadurch zuerst Schutz und Infrastruktur verlieren.
Konsequenz: Gegenwehr darf sich nicht auf die Rettung einzelner Projekte beschränken. Es braucht eine Strategie zur Aufrechterhaltung demokratischer Infrastrukturen: gegenseitige Beratung, Wissenstransfer, Ersatzstrukturen und organisierte Solidarität.
Dabei geht es nicht einfach nur, wie in Phase 1, um „Resilienz“ und institutionelle Absicherung. Wir rechnen damit, dass Sachsen-Anhalt zum Experimentierfeld für einen umfassenden und exemplarischen Umbau der Gesellschaft wird, der aufs Ganze und in die Zukunft zielt. Eine adäquate Antwort muss daher in einer Strategie der Sicherung und weiteren Gestaltung politisch-kultureller Infrastrukturen liegen.

2. Staatliche Institutionen selbst werden zum Konfliktfeld. Eine AfD-geführte Regierung wird versuchen, Verwaltung und Justiz personell und ideologisch umzubauen und Gerichte mit Maßnahmen zu beschäftigen, deren politische Wirkung bereits eintritt, bevor sie möglicherweise aufgehoben werden,

und deren symbolische Wirkung darauf zielt, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates gezielt zu zerstören.
Konsequenz: Damit wird Verwaltungsresilienz zu einer zentralen Aufgabe. Aus Sicht der Zivilgesellschaft geht es dabei darum, demokratische Ansprechpartner*innen und „Verbündete" innerhalb von Behörden und Verwaltungen zu identifizieren, horizontale Netzwerke auf Arbeitsebene aufzubauen und juristische Gegenwehr vorzubereiten.
Neu daran ist der Blick in den Verwaltungsapparat selbst sowie die Fokussierung von Verwaltung, Beamtenschaft und rechtsstaatlichen Verfahren als strategische Arenen.

3. Legalität schützt nicht automatisch vor autoritärem Umbau. Maßnahmen können – auch wenn sie rechtlich unzulässig sind – zumindest so lange wirksam sein, bis Gerichte darüber entscheiden. Das betrifft beispielsweise die Ankündigung der AfD, die Ermessensspielräume von Einbürgerungsbehörden oder das Versammlungsrecht maximal restriktiv auszulegen. Entsprechende juristische Überprüfungen und Entscheidungen benötigen Zeit.
Konsequenz: Juristische Expertise und schnelle Reaktionsfähigkeit müssen bereits vorhanden sein; Kontakte zu juristischen Unterstützungsstrukturen sollten vor einer Regierungsbeteiligung aufgebaut werden. Zugleich braucht es ein öffentliches Monitoring der einzelnen Rechtsbrüche.
Diese Empfehlungen gehen über eine allgemeine institutionelle „Wetterfestigkeit" hinaus: Entscheidend wird die Fähigkeit sein, während eines laufenden institutionellen Umbaus schnell juristisch reagieren zu können.[2]

4. Verlust nicht nur von Fördermitteln, sondern auch von gesellschaftlichen Zugängen. Jugendhilfe, Politische Bildung und außerschulische Projekte könnten neben Fördermitteln gleichzeitig auch Zugänge zu Zielgruppen in Schulen und öffentlichen Einrichtungen verlieren. Eine ehrenamtliche Weiterarbeit hilft wenig, wenn gesellschaftliche Adressat*innen nicht mehr erreicht werden können.
Konsequenz: Alternative Zugänge und unabhängige Räume müssen aufgebaut und gesichert werden – Orte, auf die eine Landesregierung keinen mittelbaren Zugriff hat und die Begegnung, Beratung, kulturelle und politische Bildung weiterhin ermöglichen. Hierzu gehört auch die Entwicklung und Stärkung von Arbeitsbeziehungen auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung.

5. Sensible Daten werden zum Sicherheitsrisiko. Besonders zugespitzt ist die Frage, was geschieht, wenn eine AfD-geführte Exekutive Zugriff auf sensible Informationen in Verwaltungsapparaten erhält und die Arbeit von Sicherheitsbehörden zu beeinflussen versucht.
Konsequenz: Organisationen müssen ihre Datenbestände, Akten, personenbezogenen Kontaktinformationen und Schutzbedarfe systematisch prüfen und gegebenenfalls räumlich bzw. institutionell außerhalb des unmittelbaren Zugriffsbereichs einer Landesregierung sichern. Informations- und Datenschutz, sowie Datensparsamkeit werden zu Fragen politischer wie existenzieller Sicherheit.

6. Persönliche Gefährdung und Brain-Drain werden zu Strukturproblemen. Das Engagement für Demokratie und für unmittelbar Betroffene einer rechtsextrem geführten Landesregierung wird mit persönlichem Risiko und Feindmarkierungen verbunden sein. Zugleich droht der Wegzug von Engagierten und insbesondere von Menschen mit Migrationsgeschichte.
Konsequenz: Nicht nur Organisationen, sondern Menschen müssen gehalten und geschützt werden. Es braucht umfassende Sicherheitskonzepte, den Schutz personenbezogener Daten, zurückhaltende Veröffentlichung von Namen, die Beratung und Begleitung von Opfern und kollektive Solidarität sowie materielle Unterstützung bei Bedrohungen.

2. So erklärt die Gesellschaft für Freiheitsrechte: „Wenn eine Landesregierung oder Mehrheit im Parlament gegen Grundrechte verstößt, wollen wir schnell reagieren können – mit einem Team vor Ort in Magdeburg." (https://freiheitsrechte.org/bereit)

Gegenüber dem bisherigen Fokus auf Burnout und Organisationsresilienz rückt damit „Personalbindung“ als demokratische Infrastrukturpolitik in den Mittelpunkt: Wenn Schlüsselpersonen das Land verlassen oder sich zurückziehen, können ganze Netzwerke kollabieren.

7. Staatliche Finanzierung kann vollständig wegbrechen. Dabei geht es nicht mehr nur um die Diversifizierung von Finanzierungsquellen, sondern um einen möglichen Paradigmenwechsel hin zu staatsunabhängig finanzierten Strukturen. Wir rechnen mit der Möglichkeit, dass das Land als Förderpartner vollständig ausfällt oder selbst zum Gegner wird.
Konsequenz: Über private Stiftungen, überregionale Finanzierungsquellen, länderübergreifende Partnerschaften und Spendenmodelle wie z.B. den „Deutschen Fonds für Demokratie”[3], das Netzwerk „Polylux“[4] oder die Initiative „Alles beginnt im Zentrum“[5] müssen Finanzierungsstrukturen kompensiert und gegebenenfalls selbstfinanzierte oder ehrenamtliche Strukturen als Parallel- und Übergangsinfrastruktur aufgebaut werden.

8. Einstehen für Demokratie braucht Rückhalt außerhalb des betroffenen Bundeslandes. Eine zentrale und sehr konkrete Sorge ist, dass nach den Landtagswahlen und den sich möglicherweise länger hinziehenden Regierungsbildungen die bundesweite Aufmerksamkeit wieder abnimmt. Dieses Unsichtbar werden wird verstärkt durch die Zurückhaltung oder das teilweise Verstummen von großen, die Demokratie eigentlich stützenden bundesdeutschen Institutionen wie der Bundeszentrale für politische Bildung oder dem Bundesprogramm „Demokratie leben“.
Konsequenz: Benötigt werden daher langfristige horizontale und vertikale Solidaritätsstrukturen: Partnerschaften zwischen Ost und West, Stadt und Land und bundesweiten Fachverbänden, Sonderprogramme des Bundes und andere externe Ressourcen. Ausdrücklich schließt das konkrete Partnerschaften zwischen bspw. Vereinen oder Kirchengemeinden ein, über die eine Unterstützung der Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt gelebt werden kann. Die Erfahrungen aus bereits stärker betroffenen Regionen sollen zudem systematisch weitergegeben werden.
Breite Bündnisse waren schon zuvor und in Phase 1 wichtig. Neu ist die Vorstellung einer territorialen Rückversicherung: Zivilgesellschaft eines autoritär regierten Bundeslandes darf nicht auf die Ressourcen dieses Landes angewiesen bleiben und braucht einen „Demokratie-Schutzschirm“.

9. Nach den Wahlen oder durch disruptive Ereignisse drohen Schock, Einschüchterung und möglicherweise Gewalt. Erfahrungen lassen befürchten, dass ein Wahlsieg oder andere symbolische Erfolgserlebnisse oder Machtdemonstrationen gegenüber politischen Gegner*innen als gesellschaftliche Legitimation für Einschüchterung und Gewalt verstanden werden.
Konsequenz: Für solche Ereignisse braucht es einen operativen Plan, der Schutz der Beschäftigten, die gemeinsame Verarbeitung statt Vereinzelung, anwaltliche Kontakte, Sicherheitskonzepte und eine rasche öffentliche Präsenz umfasst. Stärker als in Phase 1 sind ausgearbeitete Day After-Strategien nötig.

10. Der autoritäre Umbau muss fortlaufend sichtbar gemacht werden. Einzelmaßnahmen können unspektakulär wirken und sich zu einem schleichenden Abbau summieren. Gleichzeitig kann öffentliche Aufmerksamkeit schnell verschwinden und die Empörung sich abschleifen.
Konsequenz: Vorgeschlagen wird daher ein systematisches Monitoring von Regierungshandeln, von extrem rechten An- und Übergriffen im Alltag und ein Fokus auch auf den schleichenden Wandel von Stimmungen und Atmosphären im Lokalen, auf das leise Verstummen und Verschwinden des Demokratischen.
Neu ist dabei eine Art demokratische Frühwarn- und Dokumentationsinfrastruktur, die

3. https://www.de-fonds.de
4. https://polylux.network/de
5. https://www.allesbeginntimzentrum.org

über die Dokumentation von Straftaten hinausgeht und auch den institutionellen Umbau kontinuierlich erfasst, vergleichbar macht und öffentlich kommuniziert.

In der ersten Phase geht es – wie gezeigt – um Strategien der präventiven Resilienz: darum, Institutionen wetterfest zu machen, Bündnisse zu bilden, Finanzierungen zu diversifizieren, nicht in vorauseilenden Gehorsam zu geraten, eigene Themen zu setzen und lokale demokratische Infrastruktur zu stärken.
In der zweiten Phase, auf die sich unser Papier konzentriert, geht es viel grundlegender um die demokratische Handlungsfähigkeit und die (Fort)Existenz demokratischer Strukturen unter den Bedingungen einer der demokratischen Zivilgesellschaft partiell feindlich gesinnten Regierung. Die zentrale Frage lautet dann nicht mehr nur: „Wie schützen wir unsere Organisation?“, sondern: „Wie halten wir demokratische Infrastrukturen, gesellschaftliche Zugänge, Personal, Wissen, eine unabhängige Finanzierung und rechtsstaatliche Handlungsfähigkeit aufrecht, wenn Teile des Staates selbst zum Instrument des autoritären Umbaus werden?“. Wir rechnen – auch angesichts der Entwicklungen in Staaten mit rechtsextremen und autoritär-nationalistischen Regierungen – in unseren Szenarien ausdrücklich nicht damit, dass sich eine AfD-geführte Regierung entweder selbst „entzaubern“ oder rasch an rechtsstaatlichen Grenzen scheitern wird: Bereits nach ein bis zwei Jahren könnten sich nach unserer Einschätzung Veränderungen zeigen, die erstens nur schwer rückgängig zu machen wären und zweitens die Blaupause für all jene Regionen sind, die sich in der trügerischen Sicherheit wähnen, dass die Verhältnisse in Sachsen-Anhalt nur ein fernes, leises Grollen an den Rändern der gesamtdeutschen Aufmerksamkeit sind. Magdeburg ist nur ein Zwischenziel auf dem Weg an die Bundesregierung.

16.9.2026

David Begrich (Miteinander e.V.)
Josefine Heusinger (Hochschule Magdeburg-Stendal)
Mika Kaiyama (LAMSA e.V.)
Alexander Leistner (Universität Bielefeld)
Christoph Maier (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.)
Matthias Quent (Ernst-Abbe-Hochschule Jena)
Heike Radvan (Universität Tübingen)
Nils Schuhmacher (Universität Hamburg)
Fabian Virchow (Hochschule Düsseldorf)

V.i.S.d.P.: Pascal Begrich, Miteinander e.V., Erich-Weinert-Straße 30, 39104 Magdeburg